

## Abrüsten statt aufrüsten - für eine neue Entspannungspolitik

Die DKP/LL-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung forderte in einem Antrag: „Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt den Aufruf zum Ostermarsch 2018 in Frankfurt a.M. und ruft die Einwohnerinnen und Einwohner von Mörfelden-Walldorf auf, sich in diesem Jahr aktiv an den traditionellen Veranstaltungen der Friedensbewegung zu beteiligen.“

In der Begründung heißt es u.a.: Die vom 30. März bis zum 2. April 2018 stattfindenden Ostermärsche sollen ein Zeichen für „Abrüsten statt Aufrüsten“ setzen, gegen die aktuellen Kriege und Konflikteskalationen. Auch in Frankfurt soll demonstrativ deutlich gemacht werden, dass die beabsichtigte Ausweitung des Kriegsgeschehens - und der deutschen Beteiligung daran - nicht unwidersprochen hingenommen wird.

Der Ostermarsch hat in unserer Stadt eine lange Tradition. Seit den 1960er Jahren nehmen Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt an den Oster-Aktionen der Friedensbewegung teil. Pfarrer Kurt Oeser gehörte über Jahrzehnte zu den Unterstützern, Organisatoren und Aufrufern des Ostermarschs, der sich ursprünglich vor allem gegen die Atomrüstung wendete.

Ein Aufruf der Stadtverordnetenversammlung unserer Stadt, die sich nach wie vor als „Atomwaffenfreie Zone“ bekennt und in der die Friedensbewegung immer eine große Rolle gespielt hat, erscheint uns deshalb mehr als angebracht.

Im Aufruf zum Frankfurter Ostermarsch 2018 heißt es:

„Wir wollen einen grundlegenden Politikwechsel, um Kriege, Gewalt und Unterdrückung, Hunger und Massenelend zu beenden.“

Wir fordern von der deutschen Politik die Unterstützung des im letzten Jahr von der großen Mehrheit der UN-Mitgliedsstaaten beschlossenen Vertrages zum Verbot von Atomwaffen. Der bereits 2010 getroffene Bundestagsbeschluss zum Abzug der US-Atomwaffen am Standort Büchel muss endlich umgesetzt werden und Pläne zur „Modernisierung“ der Atomwaffen sind zu stoppen.

Wir fordern eine drastische Umschichtung der öffentlichen Haushaltsausgaben: Anstatt weiterer Erhöhung der Rüstungsausgaben auf 2% des Bruttoinlandsprodukts (wie innerhalb der NATO festgelegt), fordern wir Abrüstung und damit freiwerdende Geldmittel für Bildung, Gesundheit, Umwelt und Wohnen.

Wir fordern die Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Wir fordern eine friedliche und

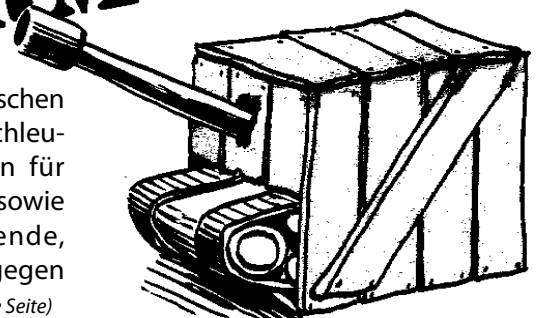
soziale Entwicklung der Europäischen Union. Dem stehen deren beschleunigte militärische Integration für weltweite Einsätze entgegen sowie die moralisch zu verurteilende, todbringende Abschottung gegen Flüchtlinge. (Fortsetzung nächste Seite)

### Deutsche Panzer in die Türkei Hauptsache der Profit stimmt

In aktuellen Meldungen heißt es: „Auch vor dem Hintergrund der türkischen Offensive im Norden Syriens stellt die deutsche Lieferung von 354 Leopard-Kampfpanzern an die Türkei rückblickend keinen Völkerrechtsverstoß dar. Zu diesem Ergebnis kommt ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages. Allerdings gelte das nicht für künftige Exporte mit dem Wissen von heute.“

Wir haben kein anderes Ergebnis erwartet. Es bleibt aber eine moralische Verkommenheit in der Politik, bei der in den vergangenen Jahren stets auch SPD-Minister verantwortlich waren. Panzerverkäufer Rheinmetall - liefert an alle Seiten - wusste, dass die Genehmigung kommt und treibt jetzt den Türkei-Deal voran. Es lebe der Profit. Was lernen wir? Solange Rüstung ein profitables Geschäft ist, ist der Frieden in Gefahr. Zeit für Demonstrationen und gut besuchte Ostermärsche.

**MADE IN  
GERMONEY**



Wir fordern eine Entspannungspolitik gegenüber Russland anstatt Säbelrassel und Wirtschaftssanktionen.

Wir fordern einen Stopp aller Waffenexporte und Rüstungskonversion.

Mit einer Politik des Friedens und der Abrüstung, internationaler Kooperation anstatt Konfrontation und Wirtschaftssanktionen können auch Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus überwunden werden.

Abrüsten statt Aufrüsten ist das Gebot der Stunde.

Auf uns, die friedensbewegten Menschen, kommt es an, eine Politik des Friedens durchzusetzen.

## Danke

Wir bedanken uns für Hinweise und Ideen und für die großen und kleinen Spenden, die wir erhalten.

Unser Spenden-Konto:  
Kreissparkasse GG  
IBAN  
DE37 5085 2553 0009 0034 19

Wer eine Spendenquittung benötigt, kann sich melden:

Telefon 22362  
E-Mail [info@dkp-mw.de](mailto:info@dkp-mw.de)

## VORANKÜNDIGUNG

### **Veranstaltung zum 1. Mai 2018 10 Uhr, Bürgerhaus Mörfelden**

Mitwirkende:

Ingrid Reidt, Betriebsseelsorgerin

Petra Schmidt, Bürgerinitiative gegen den Flughafen ausbau

Die Flüchtlingshilfe berichtet

Grußwort des Bürgermeisters  
Heinz-Peter Becker

Marlene Schwarz alias  
Hertha Wacker, Kabarett

Absinto Orkestra zwischen  
Balkan-Beat und Gipsy-Swing

## Kommunales

### **Initiativen der DKP/Linke Liste-Stadtverordnetenfraktion Mörfelden-Walldorf**

ANTRAG

#### **Kein Glyphosat in unserer Stadt - für eine glyphosathaltige Zone Mörfelden-Walldorf**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Antrag heißt es u.a.: „Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Mörfelden-Walldorf verurteilt die Zustimmung der Bundesregierung zur Verlängerung der Zulassung von Glyphosat um weitere fünf Jahre.

Die Verlängerung der Zulassung verstößt gegen das Vorsorgeprinzip, zu dem jede Bundesregierung verpflichtet ist. Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt den Beschluss, auf eigenen, ge- oder verpachteten landwirtschaftlich genutzten Flächen glyphosathaltige Pflanzenvernichtungsmittel nicht zu verwenden.

Pächter werden dazu aufgefordert, die Anwendung von glyphosathaltigen Pflanzenvernichtungsmitteln zu unterlassen. Bei Neuverpachtungen kommunaler Flächen wird der Verzicht auf glyphosathaltige Pflanzenvernichtungsmittel zur Bedingung gemacht.

Der Magistrat

- nimmt Kontakt zu den regionalen Landwirten\*innen auf, mit dem Ziel, diese zu einer glyphosathaltigen Landwirtschaft zu bewegen.
- setzt sich dafür ein und wirkt darauf hin, dass in allen Kleingartenanlagen sowie in privaten Gärten auf glyphosathaltige Mittel verzichtet wird. Dazu wird ein Informationsschreiben an alle Haushalte versendet.
- bekräftigt den Erlass des Hessischen Umweltministeriums von 2015, auf allen öffentlichen Flächen (Plätze, Wegraine, Friedhöfe, Sport- und Kinderspielplätze etc.) auf den Einsatz glyphosathaltiger Mittel zu verzichten.
- setzt sich für ein vollständiges Verbot von glyphosathaltigen Pflanzenvernichtungsmitteln ein.“

ANTRAG

#### **Die Landtagsfraktionen auffordern, die Verpflichtung der hessischen Kommunen zur Erhebung von Straßenbeiträgen aufzuheben**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

„Die Stadtverordnetenversammlung von Mörfelden-Walldorf fordert die Fraktionen des Hessischen Landtags dringend auf, noch vor der Landtagswahl im Oktober dieses Jahres die Streichung der Beitragspflicht für den Ausbau von Ortsstraßen aus dem Kommunalen Abgabengesetz (KAG) zu beschließen. Die „Soll-Vorschriften“ der §§11 und 11a KAG zur Erhebung von Beiträgen zum Umbau und Ausbau von Verkehrsanlagen sind ersatzlos zu streichen.“

Begründung:

Kaum ist der Termin der Hessischen Landtagswahl bekannt, gibt es in Wiesbaden Unruhe und Diskussionen. Die öffentlichkeitswirksamen Aktionen betroffener Bürger - insbesondere auch in unserer Stadt - zeigen Wirkung. Die Straßenbeiträge sind hessenweit im Gespräch und werden zum Wahlkampfthema. Inzwischen wollen selbst SPD und FDP den Zwang für Kommunen abschaffen, solche Straßenbeiträge zu erheben. Ein Grund mehr, jetzt den Landtag dazu aufzufordern, diesen Eingriff in die Kommunale Selbstverwaltung zu beenden.

In unserer Stadt haben SPD, Freie Wähler, FDP und CDU die Einführung der Straßenbeiträge beschlossen - obwohl alle behaupten, dass sie das eigentlich gar nicht wollen und nur tun, weil sie durch das Kommunale Abgabengesetz dazu gezwungen werden.

Wenn das so ist, dann sollte ihrer Zustimmung zu diesem Antrag nichts im Wege stehen.



## 100 Jahre Frauenwahlrecht

Nach jahrelangen Anstrengungen haben sich Frauen in Deutschland vor hundert Jahren im November 1918 das passive und aktive Wahlrecht erkämpft. Ein wichtiger Meilenstein für das Frauenstimmrecht wurde im Jahr 1907 mit der Gründung der sozialistischen Fraueninternationale gelegt, die das uneingeschränkte, allgemeine Frauenstimmrecht forderte. Dies führte 1911 zur Durchführung des ersten Internationalen Frauentags, der unter dem Aufruf „Heraus mit dem Frauenwahlrecht“ alleine in Deutschland mehr als eine Million Frauen zum Protest bewegte. Sieben Jahre nach der Einführung des Internationalen Frauentages wurde die wichtigste Forderung der Frauenbewegung erfüllt und das Frauenwahlrecht eingeführt. Gegen viele Widerstände stritten die Frauen aktiv weiter für die Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingen. Denn das Frauenwahlrecht reichte alleine nicht aus, um die soziale und politische Gleichberechtigung voranzutreiben. Im Grundgesetz wurde die Gleichberechtigung 1949

niedergeschrieben und erst 1977 (die zweite Frauenbewegung hatte sich in Westdeutschland formiert) wurde die Politik durch Gerichtsurteile aufgefordert, das Bürgerliche Gesetzbuch zu ändern. Damit durften Frauen ohne Einwilligung des Ehemannes arbeiten.

### Und wo stehen wir 2018?

Sicheres ist immer wieder wichtig, an Historisches zu erinnern und Erreichtes zu nennen. Aber sich ausruhen auf dem Erreichten ist Leichtsin. Täglich erkämpfen sich Frauen Neues, aber verlieren auch Erreichtes, gibt es Rückschritte.

- Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist im Jahr 2018 trotz neuem Entgelttransparenzgesetz noch weit entfernt. Das gilt auch für selbstbestimmte Arbeitszeiten und eine gerechte Besteuerung.
- Die Arbeitswelt 4.0 wird nur unzureichend für planbare und familienfreundliche Arbeitszeiten genutzt.
- Frauen in Spitzenpositionen sind nach wie vor selten und Altersarmut ist weiblich.
- Zwei Drittel aller Mini-Jobs werden von Frauen ausgeübt.
- Der Frauenanteil im neuen Bundestag ist mit 30,6 Prozent auf den Stand von vor 20 Jahren gesunken.
- Die Statistiken zu Gewalt gegen Frauen sind erschreckend. In Deutschland sind im Jahr 2016 mehr als 133.000 Erwachsene Opfer von häuslicher Gewalt geworden. Knapp 82 Prozent der Opfer waren Frauen.

- Die Zahl der Frauen mit Migrationshintergrund, die in den Frauenhäusern Schutz suchen, steigt kontinuierlich an.
- Ärztinnen und Ärzte, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, geraten immer mehr in eine „Schmuddelecke“. Ihre Aufklärung wird gleichgesetzt mit Werbung für eine Schwangerschaftsunterbrechung (siehe Prozess um die Ärztin Kristina Händel).
- In der Gesellschaft setzt sich ein Rechtsruck zunehmend fort. Er geht einher mit rückwärtsgewandten Rollenbildern, rassistischem und sexistischem Gedankengut.

### Wir brauchen unter anderem:

- Gute Weiterbildungsangebote im digitalen Bereich gerade auch für Frauen, um ihnen bessere berufliche Perspektiven für qualifizierte Arbeit zu schaffen.
- Einen Rechtsanspruch auf befristete Teilzeit und die Rückkehr aus Teilzeit zur ursprünglichen Arbeitszeit.
- Einen flächendeckenden Mindestlohn von 12 Euro.
- Verbindliche Maßnahmen zum Schutz gegen Gewalt an Frauen.
- Streichung der Paragraphen 218 und 219 StGB.
- Bündnisse gegen den Rechtsruck und gegen eine Frauen (Menschen) verachtende Hetze.

### Frauenrechte sind Menschenrechte.

**Es ist notwendiger denn je, sich aktiv dafür zu engagieren.**

HF

## GroKo: Entscheidendes soll nicht verändert werden

In Deutschland besitzen die 45 reichsten Haushalte so viel, wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung. SPD und Union wollen an dieser massiven Ungleichheit nichts ändern. Mit der GroKo gibt es weder Steuererhöhungen für Reiche – von der im SPD-Programm geforderten Vermögenssteuer ganz zu schweigen – noch

die dringenden Steuererleichterungen für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen.

Der Spitzensteuersatz schlägt auch weiter bereits bei Gehaltsgruppen wie Lehrern oder Facharbeitern zu. Gerechter wäre ein Spitzensteuersatz, der erst ab 70.000 Euro zu versteuerndem Einkommen im Jahr ansetzt, dafür aber wie früher 53 Prozent beträgt. Kurzum: Ohne Umverteilung und kräftige Investitionen

in das Gemeinwesen zementiert die GroKo die soziale Ungleichheit weiter. Den Solidaritätszuschlag abzuschaffen entlastet vor allem hohe Einkommen. Es fehlen damit 10 Mrd. Euro, die dringend für Investitionen gebraucht würden. Mindestens 53 Milliarden Investitionsstau in der Bildung stehen rund 5 Milliarden Euro gegenüber, die die Koalition in der gesamten Legislatur in Bildung investieren will.



Tim Beyermann, Mitarbeiter an dieser Jugendseite, studiert ein Jahr in Japan. Er berichtet von hier für den „blickpunkt“. Heute schreibt er:

## Japan und sein Plutonium

Nach dem Tohoku-Erdbeben 2011 und dem daraus resultierendem Tsunami hat Japan eine Vielzahl seiner Reaktoren heruntergefahren. Unlängst sind die Stimmen nach einem Ende dieser Zwangspause aber wieder lauter geworden. Darüber hinaus lagern auf japanischem Staatsgebiet momentan ca. 11 Tonnen Plutonium. Das spaltbare Material ist dabei nicht nur für die kommerzielle Nutzung im Kraftwerk geeignet, sondern auch zur Herstellung von Nuklearwaffen. Der Grad der Reinheit zur Herstellung solcher Waffen ist dabei überhaupt nicht nötig, um ein Kernkraftwerk zu betreiben und darüber hinaus auch nicht die effizienteste Variante.

Die Tatsache, dass Japan es trotzdem weiterhin lagert, könnte mit dem Vorstoß des japanischen Premierministers Shinzo Abe zusammenhängen, der seit längerem versucht, Artikel 9 der japanischen Verfassung außer Kraft zu setzen. Dieser hindert Japan nämlich offiziell nicht nur am Unterhalten einer Armee, sondern auch am Waffengebrauch außerhalb des eigenen Territoriums. So auch zum Beispiel bei „Blauhelm“-Missionen der UN. Wieso man nun 11 Tonnen waffenfähiges Plutonium braucht, um an einer UN-Mission teilzunehmen, hat Abe noch nicht gesagt. Passend dazu hat Donald Trump bereits erklärt, dass er für die atomare Bewaffnung Japans ist. Währenddessen sprudelt auch der Rest der japanischen Regierungspartei LDP nicht vor Pazifismus über, im Gegenteil. Dort gehört Premierminister Abe nämlich tatsächlich zu den gemäßigten Kräften.

## Aktueller Marx:

„Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muss sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen. Die Bourgeoisie hat durch ihre Exploitation des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. Sie hat zum großen Bedauern der Reaktionäre den nationalen Boden der Industrie unter den Füßen weggezogen. Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet. Sie werden verdrängt durch neue Industrien, deren Einführung eine Lebensfrage für alle zivilisierten Nationen wird, durch Industrien, die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate ... in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden. ... An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander.“

Karl Marx / Friedrich Engels, Manifest der kommunistischen Partei, MEW Bd. 4, S.462-467



ZUR GROKO PASST TUCHOLSKY

## Das Lied vom Kompromiß

*Manche tanzen manchmal wohl ein Tänzchen  
immer um den heißen Brei herum,  
kleine Schweine mit dem Ringelschwänzchen,  
Bullen mit erschrecklichem Gebrumm.  
Freundlich schau die Schwarzen und die Roten,  
die sich früher feindlich oft bedrohten.  
Jeder wartet, wer zuerst es wagt,  
bis der eine zu dem andern sagt:  
„Schließen wir nen kleinen Kompromiß!  
Davon hat man keine Kümmernis.  
Einerseits – und andererseits –  
so ein Ding hat manchen Reiz...  
Sein Erfolg in Deutschland ist gewiß:  
Schließen wir nen kleinen Kompromiß!“*

*Seit November klingt nun dies Gavottchen.  
Früher tanzte man die Carmagnole.  
Doch Germania, das Erzkokottchen,  
wünscht, dass diesen Tanz der Teufel hol.  
Rechts wird ganz wie früher lang gefackelt,  
links kommt Papa Ebert angewackelt.  
Wasch den Pelz, doch mache mich nicht naß!  
Und man sagt:  
Du, Ebert, weißt du was:  
Refrain: „Schließen wir...“*

*Seit November tanzt man Menuettchen,  
wo man schlagen, brennen, stürzen sollt.  
Heiter liegt der Bürger in dem Bettchen,  
die Regierung säuselt gar zu hold.  
Sind die alten Herrn auch rot bebändert,  
deshalb hat sich nichts bei uns geändert.  
Kommts, dass Ebert hin nach Holland geht,  
spricht er dort zu einer Majestät:*

*„Schließen wir nen kleinen Kompromiß!  
Davon hat man keine Kümmernis.  
Einerseits – und andererseits –  
So ein Ding hat manchen Reiz...“*

*Und durch Deutschland geht ein tiefer Riß.  
Dafür gibt es keinen Kompromiß!*

Kaspar Hauser (Tucholsky)  
Weltbühne, 13.3.1919, Nr. 12, S. 297.

Unbedingt anhören: [www.youtube.com/watch?v=JbqbbL4zEzA](http://www.youtube.com/watch?v=JbqbbL4zEzA)



1933-1934

## Osthofen mahnt



Das KZ Osthofen im gleichnamigen Ort bei Worms gehörte zu den frühesten Konzentrationslagern der Nazis. Die ersten Häftlinge wurde schon am 6. März 1933 eingeliefert, einen Tag nach der Reichstagswahl. Sofort nach dem Reichstagsbrand Ende Februar 1933 hatten die Nazis sich mit der sogenannten „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“ ein Instrument geschaffen, um sich ihrer politischen Gegner zu entledigen. Im Fokus standen damals vor allem die Kommunisten, von denen die Nazis den entschiedensten Widerstand zu erwarten hatten. Sofort begannen im ganzen deutschen Reich Massenverhaftungen. Es wurden überall Lager gegründet. Sie sollten vor allem auf dem Land entstehen, abseits von den Großstädten und Industriegebieten, aus denen die meisten Inhaftierten stammen.

Das rheinhessische Osthofen war das für den Volksstaat Hessen zuständige KZ, in der Presse zynisch als „Erziehungs- und Besserungsanstalt“ bezeichnet. Eingerichtet wurde es in einer kurz zuvor stillgelegten Papierfabrik in der Nähe des Bahnhofs.

Für die ersten Häftlinge wurde nur etwas Stroh auf den kalten Betonbo-

den geworfen, sie mussten dann ihre Bettgestelle selber bauen. Die Ernährung bestand hauptsächlich aus dünner Suppe und etwas Brot. Es gibt zahlreiche Berichte der Inhaftierten über Misshandlungen durch ihre Bewacher, in erster Linie SS-Männer. Vor allem im Lager II in der benachbarten Holzmühle wurde systematisch gefoltert.

Mindestens 3.000 Häftlinge waren in den Jahren 1933/34 im KZ Osthofen, meistens für mehrere Wochen, teilweise aber auch bis zu einem Jahr. Einen genauen Überblick über die Inhaftierten gibt es mangels fehlender Haftbücher nicht. Aus Mörfelden und Walldorf sind die Namen von 25 Personen bekannt, die im KZ Osthofen gesessen haben, die tatsächliche Zahl dürfte aber wesentlich höher sein.

Im Juli 1934, als die neuerrichteten Groß-Konzentrationslager gebaut und aufnahmebereit waren, wurde das KZ Osthofen geschlossen, die letzten Inhaftierten kamen ins KZ Dachau. In den nun wieder leerstehenden Gebäuden des KZ Osthofen wurde 1936 eine Möbelfabrik angesiedelt, in der übrigens von 1942 bis 1945 auch Zwangsarbeiter arbeiten mus-

sten. 1976 ging die Firma pleite, das Gelände und die Gebäude verfielen dann immer mehr.

Erst ab 1978 erinnerte eine Gedenktafel an der Außenmauer an die Vergangenheit als KZ. Gegen starke Widerstände konnte die Lagergemeinschaft der ehemaligen Osthofen-Häftlinge nach jahrelangen Auseinandersetzungen durchsetzen.

Bis zur Einrichtung einer ersten Dauerausstellung im Jahr 1996 vergingen noch viele Jahre und es bedurfte dazu vieler Initiativen von Jugendgruppen und Gewerkschaften. Im Mai 2004 wurde dann die heutige Gedenkstätte das NS-Dokumentationszentrum Rheinland-Pfalz offiziell eröffnet.

Der aus Mainz stammenden Schriftstellerin Anna Seghers diente Osthofen und die Flucht eines Mainzer Häftlings von dort als Anregung für ihren weltbekannten Roman „Das siebte Kreuz“. Das Buch wurde 1944 in den USA verfilmt. Spencer Tracy spielte die Hauptrolle, eine Nebenrolle Helene Weigel, die Ehefrau von Bertolt Brecht.

Michael Denk (1912-2005) war einer der mehr als 25 Inhaftierten aus unserer Stadt in Osthofen

Mehr dazu:  
[www.dkp-mw.de/public/books/verfolgte.pdf](http://www.dkp-mw.de/public/books/verfolgte.pdf) (S. 24ff)

[www.politische-verfolgung-moerfelden.de/biographien/denk-michael](http://www.politische-verfolgung-moerfelden.de/biographien/denk-michael)



## Gerade gelesen



### Harry Belafonte - Autobiografie

Wer kennt nicht die Songs des schwarzen Amerikaners? Vor über 20 Jahren, an seinem 70. Geburtstag, trat er in der Festhalle in Frankfurt auf - ein unvergessliches Erlebnis. Das Buch berichtet aber nicht nur von dem erfolgreichen Sänger, sondern vom Kampf der Schwarzen in Amerika gegen die Rassentrennung. Er kannte sie alle: Eleanor Roosevelt, Sidney Potier, John F. Kennedy, Nelson Mandela, Fidel Castro . . . Die Lebensgeschichte Harry Belafontes ist eine Jahrhundertstory. Auf wunderbar le-

bendige Weise erzählt er von seiner Kindheit im Harlem der 1930er Jahre, wo Ganoven den Ton angaben, von Kindheitstagen zwischen jamaikanischen Bananenplantagen, von seinen Kollegen in der Schauspielklasse des deutschen Exilanten Erwin Piscator - Marlon Brando, Walter Matthau und Tony Curtis - damals allesamt noch so unbekannt wie Belafonte, von den Anfängen der Bürgerrechtsbewegung, seiner Freundschaft mit Martin Luther King jr., und wie es dazu kam, dass er 1960 Wahlkampfwerbung für John F. Kennedy machte. Bis heute hat Harry Belafonte, seit Jahren UNICEF-Botschafter, nichts von seiner Leidenschaft für den politischen Kampf eingebüßt: Er warf Barack

Obama vor, nicht genug Herz für die Armen zu zeigen, und sucht, gerade auch mit diesem Buch, den Dialog mit politisch aktiven jungen Menschen auf der ganzen Welt. Eine inspirierende Autobiografie, ein Buch, das vor Energie und Lebensfreude vibriert wie die Songs Harry Belafontes. Letztes Jahr ist er also 90 Jahre alt geworden, blickt auf ein Amerika zurück, das die Rassentrennung noch nicht überwunden hat. Es schmerzt ihn besonders, dass mit dem neuen Präsidenten Trump die Rechten, die Ewiggestrigen, die Ausbeuter und Unterdrücker wieder Morgenluft schnupfern.

Das Taschenbuch ist im Verlag Kiepenheuer & Witsch erschienen und kostet 12,99 Euro.



# Närrische Tage

Ein schöner Fastnachtsumzug ging durch Mörfelden. Gute Musik, schöne Wagen. Viele Kinder dabei. Es gab oft Beifall. Auch für die Transparente am Straßenrand.



## Da kann man nur noch den Kopf schütteln . . .

...sagten die meisten Leute, wenn das Thema „Große Koalition“ ins Gespräch kam. Einigemeint, „Die eigentlichen närrischen Tage sind in Berlin“. Nur - die SPD hat zur Zeit wenig Anlass zur Fröhlichkeit.

Aktuelle Umfragen sehen die Sozialdemokraten nur noch bei 16 Prozent - knapp vor der AfD mit 15 Prozent. Da gibt es nix mehr zum Lachen. Aber Häme? - Nein! Zorn? - Ja!

Wie kann man so einen Mist bauen? Postengerangel, wenn es an die Futterkrippe geht, gab es schon immer. Aber das Berliner Schauspiel war diesmal nicht zu überbieten. Bei den Fastnachtsumzügen wurde der Noch-SPD-Vorsitzende als „Zick-Zack-Martin“ oder Rohrkrepieler vorgeführt. Wer wollte dem widersprechen?

Der SPD-Außenminister war so niveaulos, dass er die Argumente bei seiner kleinen Tochter auslieh - da kann man wirklich nur den Kopf schütteln.

Natürlich stimmt es: Bei den politischen Parteien ist vieles durcheinander - fast überall ist die Personaldecke ausgedünnt.

Aber wo sind die sozialdemokratischen Grundsätze? „Wann wir schreiten, Seit an Seit . . .“ (Und für was?)

Wo ist die Suche nach Wegen aus dem kapitalistischen Schlamassel? Die gibt es in Berlin, in Wiesbaden und auch in unserer Stadt kaum noch bei den Sozialdemokraten. Sie sind meist nur noch Ärzte am Krankenbett des herrschenden Gesellschaftssystems. Auch in Mörfelden-Walldorf.

Wenn es Finanzprobleme gibt, erhöht man die Grundsteuer B oder man führt Straßenbeiträge ein. Und immer heißt es, das alles ist alternativlos - wir können nicht anders.

Doch - man kann anders, wenn es eine andere Politik gibt. Dafür gibt es aber keine Anzeichen.

Die SPD steht zwischen Pest und Cholera. Egal, was sie macht, es kommt für sie kein Sprung nach vorne heraus. Aber in diese Situation hat sie sich selber gebracht, ohne Orientierung auf einen Politikwechsel.

Die geplante neue Vorsitzende Andrea Nahles ist wie so viele Jusos den langen Weg von links in die Mitte gegangen. Jetzt wirbt sie praktisch für weitere vier Jahre Kanzlerschaft Merkel. Politikwechsel sieht anders aus, Erneuerung auch. Es ist ein Trauerspiel.

Jetzt wollen die Sozialdemokraten wieder zur stärksten Partei im Land werden. Schau'n wir mal!

Seit 1945 gibt es in Mörfelden und Walldorf nur sozialdemokratische Bürgermeister. Wenn es mit der SPD so weitergeht, wenn nicht bald ein anderer Kurs gefahren wird, dann kann der jetzige SPD-Bürgermeister der letzte gewesen sein. Auch dann: Keine Häme - aber große Sorgen.

# KEINE WEITERE FLUGHAFENERWEITERUNG



## Vor 9 Jahren wurden 250 ha Wald gerodet Jetzt soll wieder Wald verschwinden

Am 18. Februar 2009 räumte die Polizei das Hüttendorf im Kelsterbacher Stadtwald. Neun Monate lang hielten Aktivist/innen den Wald besetzt, um ihn vor der Rodung für den Bau der Nordwest-Landebahn des Frankfurter Flughafens zu schützen. 250 Hektar Wald fielen. Im Oktober 2011 weihte Fraport die vierte Bahn ein. Seitdem demonstrieren jeden Montag Menschen aus der verlärmten Region im Frankfurter Flughafen. Sie demonstrieren für ihr Recht auf Gesundheit.

Der hessische BUND, Bund für Umwelt und Naturschutz, wies nach, dass die Nordwest-Landebahn schon überflüssig ist, wenn nur die Reisenden innerdeutscher Kurzstreckenflüge von und nach Frankfurt ohne Verlust von Zeit und Bequemlichkeit auf einen freien ICE-Sitzplatz wechseln. Trotzdem treibt Fraport mit einem dritten Terminal die nächste Steigerung der schon jetzt bestehenden Überkapazität voran.

Seit dem 7. Januar 2018 besetzen Aktivist/innen Bäume im Treburer Oberwald östlich des Frankfurter Flughafens. Sie wollen ihn vor der Rodung schützen. Wir sollten Solidarität zeigen und sie nicht alleine lassen. Gebaut werden soll jetzt eine Baustellenzufahrt und ein Autobahnzubringer für das geplante Terminal 3. Billigflieger sollen dort bald landen.

## Der Meeresspiegel steigt doppelt so hoch wie angenommen

Ursache ist der menschengemachte Klimawandel. Seit Beginn des globalen Klimaregimes mit dem Kyoto-Protokoll von 1992 sind die Treibhaus-Emissionen im Verkehrssektor gewachsen. Der Flugverkehr hat sich verdoppelt, die Emissionen aus dem Flugverkehr sind die am schnellsten wachsende Quelle von Treibhausgas-Emissionen.

Beim jetzt aktuell bedrohten Treburer Oberwald geht es vordergründig „nur“ um ca. sechs Hektar Mischwald für einen Autobahnanschluss. Sie sind voraussichtlich der Auftakt zu weiteren Waldrodungen für die Erschließung des Terminals 3.

Der Treburer Oberwald hat aber das Potenzial zum klimapolitischen Scheideweg: Werden das Land Hessen und die Stadt Frankfurt, beide mit grüner Regierungsbeteiligung, noch immer und noch mehr Wald zerstören für das Wachstum maximal klimaschädlicher Mobilität?

Die Bürgerinnen und Bürger des lärmgeplagten Flughafenumlandes sollten im Jahr der Landtagswahl jeder Kandidatin und jedem Kandidaten diese Frage stellen.

## GroKo-Koalitionspapier ein Rückschritt

Im ausgehandelten GroKo-Vertrag gibt es beim Thema Schutz vor Fluglärm- und Schadstoffbelastungen nur unverbindliche Absichtserklärungen – es fehlen jegliche Perspektiven für eine neue Mobilitätspolitik.

Es ist mehr als enttäuschend, dass sich CDU/CSU/SPD fast vollständig den Wünschen der Luftverkehrswirtschaft hingegeben haben, anstatt nun endlich an wirksamen Regelungen zur Verbesserung der Situation der Fluglärm-betroffenen zu arbeiten.

## BUCHVORSTELLUNG

### Vom Schwinden der Arbeiterklasse mit Jörg Miehe, Sozialwissenschaftler

*Der Begriff „Arbeiterklasse“ und ihre historische Mission laut Marx (Die Industrie „produziert vor allem ihren eigenen Totengräber. Ihr Untergang und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich.“) scheinen heute reichlich antiquiert zu sein.*

*Und tatsächlich nimmt die Zahl der Fabrikarbeiter seit vielen Jahren ab – aber gleichzeitig steigt die Industrieproduktion immer weiter, mit dem Resultat eines Rekord-Exportüberschusses. Wie geht das zusammen?*

*Ein Anlass, sich einmal genauer mit den aktuellen Entwicklungen in der deutschen Arbeiterklasse zu beschäftigen.*

**Donnerstag, 8. März, 19 Uhr, Bürgerhaus Mörfelden**

Eine gemeinsame Veranstaltung von

DIE LINKE. Ortsverband Mörfelden-Walldorf und DKP Mörfelden-Walldorf





# Stadtgeschichten



Ein Familienbild oder auch das Bild einer Metzgerfamilie, aufgenommen an Ostern 1927. Der Anlass war die Goldene Hochzeit des Ehepaars Marie Winson geb. Becker und Daniel Winson 2. („Metzger-Daniel“), Metzgermeister und Gründer der Metzgerei Winson in Walldorf, untere Langstraße 82, gegenüber der alten evangelischen Kirche. Beide sitzen in der vorderen Reihe, er im Korbessel und links daneben seine Ehefrau. Auf dem Foto sind auch die Kinder des Jubelpaares zu sehen. U. a. die Söhne Friedrich Winson („Metzger-Fritz“ - mittlere Reihe 2. v. l.), Nachfolger in der Metzgerei seines Vaters und Peter Winson („Metzger-Peter“) - mittlere Reihe ganz rechts). Er hatte eine eigene Metzgerei in der oberen Langstraße. Die Tochter Magdalene Coutandin geb. Winson (mittl. Reihe 2. v. r.) genannt „Die Goldsteinern“, Ehefrau des Elektromeisters Wilhelm Coutandin (mittl. Reihe 5. v. r.). In vielen Walldorfer Familien gab es schon in früher Zeit verwandtschaftliche Verbindungen zu Familien in Mörfelden. So auch bei der Familie Winson. Auf dem Foto in der vorderen Reihe ganz links steht Marie Knoblauch, in Mörfelden auch die „Knowelochs-Bäckern“ genannt, Tochter von Daniel Winson und Ehefrau des Bäckermeisters Wilhelm Knoblauch aus Mörfelden (mittl. Reihe 4. v. r.). Auch Marie Nohl geb. Winson, die Schwester des Jubilars, rechts neben ihm sitzend, war anwesend. Sie war die Wirtsfrau in der bekannten Gaststätte „Nohl“ der „Freien Turner“, später SKG. Unter dem Original-Foto sind sorgfältig alle Namen der Abgebildeten aufgeführt. Aus Platzmangel können leider nicht alle Namen genannt werden.



Unsere Serie „Stadtgeschichten“ findet großes Interesse bei unseren Leserinnen und Lesern. Wir hörten, es sind nicht nur die älteren Bürgerinnen und Bürger, die sich für diese Geschichten interessieren. Wir wissen: auf manchem Dachboden, in mancher Schublade, gibt es größere und kleine Fotos, die man abdrucken könnte. Wir sind sehr interessiert an solchen Bildern. Nehmen Sie mit uns Kontakt auf: Heinz Hechler, Tel. 33335.

## Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden



**Irish Folk-Session für Musiker und ihre Gäste**  
Mittwoch, 7. März - 19 Uhr - Eintritt frei

**Auch wir wollen die Wahl haben**  
Der lange Weg der deutschen Frauen zum politischen Stimmrecht. Vortrag von Gilla Dölle  
Freitag, 9. März - 20 Uhr - Eintritt frei

**Internationales Frauenfest zum Frauentag  
am 8. März**  
Samstag, 10. März - 20 Uhr - Eintritt frei  
(Essen gegen Spende)

**Das Vinyl wird gerettet - Thema „Italoschnulzen“**  
Donnerstag, 15. März - 20 Uhr - Eintritt frei

**Country und Blues Jam-Session**  
Freitag, 16. März - 20 Uhr - Eintritt frei

**Spieleabend**  
Dienstag, 20. März - 20 Uhr - Eintritt frei

**Quiz-Night**  
Freitag, 23. März - 20 Uhr - Eintritt frei

**Bal Folk-Session für Musiker und ihre Gäste**  
Mittwoch, 28. März - 19 Uhr - Eintritt frei

**Der Muslim und die Jüdin -  
Lesung mit Ronen Steinke**  
Donnerstag, 29. März - 20 Uhr - Eintritt frei

## Unser Lexikon

### Schbrisch

Vunn deem  
nimmd kaan Hund  
e Schdiggsche  
Brood mee.